



IN A NUTSHELL

Rüdiger Lentz

Frieden und Freiheit: Ein Plädoyer für Nachhaltigkeit und Wehrhaftigkeit!

July 2022

Aspen steht für eine wertebasierte Führung und die Verteidigung demokratischer, offener Gesellschaften. Auch Sicherheit ist ein gesellschaftlicher Wert, mehr noch ist sie ein öffentliches Gut, für dessen Garantie demokratische Staatswesen Sorge zu tragen haben. Der Krieg ist in Europa angekommen und zwingt uns, neue Antworten zu finden. Die Sicherheit unseres Staates und unserer Bürger verlangt nicht nur ein Umdenken, sondern auch ein Umsteuern der bisherigen Politik. Seit der Ruck-Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 ist viel von einer Zeitenwende die Rede. Es bleibt abzuwarten, wie ernst wir diese neuen Herausforderungen nehmen und wie energisch und konsequent wir das Umsteuern betreiben werden. Dazu gehört zuvorderst eine neue Definition von Sicherheit, Strategie und Verteidigung.

Bisher wurde in Deutschland staatliche Sicherheit häufig nur mit dem Begriff Resilienz in Zusammenhang gebracht. Damit wurde die Fähigkeit beschrieben, die entsprechenden militärischen und zivilen Widerstandsfähigkeiten gegen die unterschiedlichsten Bedrohungsszenarien aufzubringen. Wir sehen gerade am Beispiel der Ukraine welche große Rolle die psychische Resilienz einer Bevölkerung bei der Verteidigung spielt. Gleichzeitig konnten wir die große Bedeutung der politischen und militärischen Führung in der Frage der Widerstandsfähigkeit der Sicherheit feststellen. Die Vorbildfunktion eines Selenskyj, ebenso wie die beispiellose Unterstützung der gesamten ukrainischen Bevölkerung, hat nicht nur die Russen, sondern auch das westliche Ausland enorm überrascht. Wie aber kann man diese militärische und zivile Widerstandsfähigkeit eines Staates nachhaltig gestalten? Ist sie messbar, kann man sie befördern und wenn ja, wie?

Auch wenn das Ziel nachhaltiger Sicherheit schwierig zu definieren ist, so gibt es doch Zwischenziele, die sich im militärischen und sicherheitspolitischen Bereich durchaus definieren lassen: Erstens die Bildung von Koalitionen demokratischer Staaten, die innerhalb des von Ihnen politisch verantworteten Rahmens die Sicherheit für ihre Bürger garantieren können; zweitens die Bereitschaft dieser Bürger, die Nachhaltigkeit von Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft herzustellen und mit zu unterstützen; und drittens die Bereitstellung der zur Herstellung nachhaltiger Sicherheit notwendigen Mittel.

Eine nachhaltige Verteidigungsfähigkeit verlangt deshalb zunächst einmal eine ausreichende Ausstattung und Bevorratung militärischer Mittel als notwendige materielle Voraussetzung für die Erfüllung des Auftrages. Daran hat es die Bundeswehr über Jahrzehnte fehlen lassen. Das ist nicht etwa einer Fehlplanung oder Entscheidung der Militärs geschuldet, die immer wieder auf die Mängel hingewiesen haben, sondern einer Vernachlässigung der Streitkräfte durch die Politik. Sie hat nur zu gerne nach der Wiedervereinigung die Friedensdividende genutzt, um die Bundeswehr nicht nur zu verringern, sondern auch in ihren strukturellen und materiellen Voraussetzungen zu schwächen.

Erst jetzt, angesichts des Ukraine Krieges und einer Bedrohungslage, die die Mängel schonungslos offengelegt hat, wird der ganze Umfang der Versäumnisse der letzten Jahrzehnte offensichtlich. Kritiker der mangelhaften Zustände haben immer wieder angemahnt, sicherheitspolitischen Themen im Parlament die ihnen gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. Leider vergeblich. Die überhastete Aufgabe der allgemeinen Wehr-

pflicht hat zusätzlich dazu beigetragen, dass die Rolle der Streitkräfte in der Gesellschaft noch weiter an Bedeutung verloren hat. Es ging und geht um nicht weniger als die Absicherung der Verteidigungsfähigkeit einer Gesellschaft durch die Verankerung des Verteidigungswillens und der Verteidigungsfähigkeit im gesellschaftlichen Bewusstsein. Deshalb ist die jetzt begonnene Debatte um einen neuen, erweiterten Sicherheitsbegriff so wichtig.

Es war das Verdienst der Sozialdemokraten nach 1969, dass sie zur Absicherung ihrer Entspannungspolitik genau diese Notwendigkeit erkannt hatten. Der damalige Bundeskanzler Willy Brandt hatte sogar den Mut, durch sogenannte Wehrkundeerlasse die Notwendigkeit der Verteidigung als Voraussetzung für die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition in den Lehrkanon der Schulen verankern zu wollen. Die sozialliberale Koalition unter Brandt und später unter Helmut Schmidt wusste ganz genau, dass Sicherheitspolitik und Entspannung die beiden Seiten der gleichen Medaille waren. Dieses Bekenntnis zu einer nachhaltigen Sicherheitspolitik war ein entscheidender Bestandteil des Erfolges der Außen- und Sicherheitspolitik der siebziger und achtziger Jahre – eine Erkenntnis die in den Jahren nach der Wiedervereinigung, vor allem aber in der Ära Merkel und der großen Koalition, völlig abhandengekommen ist.

Nachhaltige Sicherheit bedeutet eben nicht nur die ausreichende Ausstattung mit materiellen Gütern und Ausrüstungsgegenständen, sondern mindestens ebenso notwen-

dig ist auch das notwendige geistige Rüstzeug, um den Auftrag erfüllen zu können. Dieser immaterielle Teil ist heute wichtiger denn je: Präsident Selenskyj, nach dem im Westen nicht vorhergesehenen Erfolg der ukrainischen Truppen befragt, gab darauf eine einfache Antwort: „Wir verfügen nicht über so viele Soldaten wie Russland, wir haben nicht so viel Ausrüstung und so viele Raketen. Aber wir haben etwas, das sie nicht haben: das sind die Menschen, die ihre Freiheit wirklich schätzen und bereit sind, dafür zu kämpfen. Darum wurde dieser Krieg zu einem Volkskrieg.“

Das Zusammenspiel von einer ausreichenden materiellen Ausstattung und den immateriellen Grundlagen einer demokratischen Armee sind die unabdingbare Voraussetzung für ihren Erfolg. Im Grundgesetz heißt es lapidar: „Der Bund stellt zu seiner Verteidigung Streitkräfte auf“. Damit ist das Staatsziel vorgegeben. Damit es aber erreicht wird muss auf allen Ebenen sichergestellt sein, dass es auch gelebt und umgesetzt wird. Dazu bedarf es nicht nur der politischen, sondern auch der gesellschaftlichen Unterstützung. Und einen Sicherheitsbegriff der die Vernetzung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sehr vielmehr betont als bisher. Vielleicht hat es tatsächlich des Krieges in der Ukraine bedurft, um unser gesellschaftliches Bewusstsein für die Notwendigkeit einer nachhaltigen Verteidigung und wehrhaften Demokratie wieder zu beleben. Jetzt sollten wir die Chance nutzen und daraus die richtigen Lehren ziehen.

Über den Autor

Rüdiger Lentz war von 2013-2020 Direktor des Aspen Institute Deutschland. Davor arbeitete er unter anderem als Militärkorrespondent beim Spiegel, als leitender Redakteur bei der ARD, als Chefredakteur des RIAS sowie als Studioleiter und diplomatischer Korrespondent der Deutschen Welle in Brüssel und Washington. Seit 2021 ist er als Senior Advisor für Rud Pedersen Deutschland tätig.



Dieser Text stellt die persönliche Ansicht des Autors dar. Der Autor spricht ausdrücklich nicht im Namen der mit ihm assoziierten Institution.

Über diese Reihe

Mit dem pointierten Meinungsformat *In A Nutshell* verleiht das Aspen Institute Deutschland ausgewählten AutorInnen eine Stimme, um das aktuelle Zeitgeschehen zu kommentieren und zu reflektieren. Das Format dient dem offenen Diskurs zu drängenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen und Chancen.